



Großer Bahnhof in Berlin: Insgesamt 93 Kommunen dürfen sich seit gestern „Ort der Vielfalt“ nennen. Unter den Vertretern aus den Städten und Gemeinden ist auch Bad Nenndorfs Bürgermeisterin Gudrun Olk (Dritte von links), einen Platz für die Tafel gibt es aber nach ihren Worten noch nicht. pr.

Überflüssige Debatte, gutes Ergebnis

Wie Bad Nenndorf zum „Ort der Vielfalt“ wurde / Bundesregierung zeichnet 93 Kommunen aus

Zum zweiten Mal hat die Bundesregierung gestern Kommunen für ihren Einsatz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geehrt. 93 Städte, Gemeinden und Kreise wurden in Berlin für ihren großen Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in Deutschland offiziell ausgezeichnet. Darunter auch Bad Nenndorf. Ausgangspunkt der erfolgreichen Bewerbung war kurioserweise eine eher un erfreuliche Debatte um den Beitritt zu einem Städtebündnis.

BAD NENNDORF / BERLIN. Einen wahren Ehrungsmarathon hat Hermann Kues gestern hinter sich gebracht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeichnete stellvertretend für die Bundesregierung mit einem Schlag 93 Kommunen mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ aus. Dahinter stehen demnach 1202 Gemeinden mit mehr als 11 Millionen Einwohnern in Deutschland. „Viele dieser Menschen haben gemeinsam – sie setzen sich dafür ein, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechts-

extremismus in ihren Reihen keinen Platz haben. Sie engagieren sich gemeinsam vor Ort in Aktionsbündnissen, Initiativen und Projekten für ein vielfältiges, tolerantes und demokratisches Miteinander in unserem Land“, sagte Kues in seiner Laudatio. Ihnen allen gebühre „der große Dank der Bundesregierung“.

Diesen Dank in Form einer Tafel durfte auch Bürgermeisterin Gudrun Olk für die Stadt Bad Nenndorf entgegennehmen. „Es war eine gute Veranstaltung“, so ihr Kommentar, auch wenn sie sich für den feierlichen Anlass ein „etwas repräsentativeres Gebäude“ gewünscht hätte. Für die Übergabe war nach ihren Worten ein ehemaliges, eher schmuckloses Postzentrum in der Luckenwalder Straße in Kreuzberg hergerichtet worden. „Immerhin steht die Bundesregierung dahinter“, sagt Olk, die mit dem Zug angereist war und danach im wahrsten Sinne des Wortes schwer an der Bürde zu tragen hatte.

Sie musste das Schild auf dem Rückweg unter den Arm klemmen. „Dessen Gewicht ging aber noch“, sagt sie. Weit-

aus schwerer wegen die Utensilien zur Befestigung der Auszeichnung. Wo die Tafel im Rathaus einen Platz finden soll, steht laut Olk noch nicht fest.

Dass die Stadt überhaupt in den Kreis der vielfältigen Orte aufgenommen wurde, ist auch weniger ihr eigener Verdienst. Vielmehr war es der lose Zusammenschluss „Bad Nenndorf ist bunt“, der in den vergangenen Jahren mit Aktionen den braunen Kameradschaften die Stirn geboten hatte und gegen die Propagandamärsche der Neonazis auf die Straße ging. „Es ist auch der Arbeit des Bündnisses geschuldet, dass wir diese Auszeichnung bekommen haben“, hebt auch Olk hervor.

Die nun geglückte Bewerbung ist zudem das erfreuliche Ergebnis einer in vielen Augen überflüssigen Debatte. Die SPD hatte im Herbst 2008 vorgeschlagen, sich mit Blick auf die immer größer werdenden Aufmärsche der rechten Szene der „Europäischen Städtekoalition“ anzuschließen. Die CDU sperrte sich, wollte sich mit einem eigenen Vorschlag profilieren und brachte das „Bündnis für Demokratie und Toleranz

- gegen Extremismus und Gewalt“ in die Diskussion. Im Rat kamen beide Seiten auf keinen Nenner.

Hinter verschlossenen Türen berieten sich im Verwaltungsausschuss (VA) die Spitzen der Fraktionen und verständigten sich nach Worten Olks darauf, „jede Hilfe zu nehmen, die wir kriegen können“. Im Zuge dieser Beratungen stieß die Stadtverwaltung dann auch auf die „Orte der Vielfalt“ und brachte eine Bewerbung dafür ins Spiel. Die Auszeichnung heißt für Olk aber nicht, dass eine Zusammenarbeit mit den anderen Städtebündnissen damit erledigt wäre. „Wir streben beides an.“

Die Initiative „Orte der Vielfalt“, die von der Bundesregierung im November 2007 gestartet wurde, ruft alle Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen auf, sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus einzusetzen und für die Grundwerte der Demokratie einzustehen. Unterstützt wird die Initiative von 24 Organisationen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Informationen sind zu finden unter www.orte-der-vielfalt.de. rwe

Fenster schließen

Ausschnitt drucken